A-09-239 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 238 bis 239 einfügen:
Projekte und Strukturen innerhalb der europäischen Verteidigungsindustrie zu etablieren.

Die neue sicherheitspolitische Lage nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine führt in ganz Europa und in Deutschland zu neuen Debatten über die Notwendigkeit der Wehrpflicht. Die Aussetzung der Wehrpflicht für Männer in Deutschland war für viele eine Erleichterung und Teil des Versprechens einer friedfertigeren Welt. Die neue sicherheitspolitische Lage macht jedoch eine Neubewertung notwendig. Bündnis 90/ Die Grünen hat großen Respekt vor allen, die sich für die Sicherheit unseres Landes und unserer Bündnispartner freiwillig jeden Tag engagieren. Wir respektieren auch die individuelle, meist mit tiefen ethischen Überzeugungen begründete, Entscheidung derer, die aus Gewissensgründen dies verweigern. Wir erkennen an, dass eine Wehrpflicht oder ein Pflichtjahr hohe Einschnitte in die Selbstbestimmung junger Menschen hat. Diese müssen gut begründet sein und eingebettet werden in eine Politik, die junge Menschen nicht nur fordert, sondern bei ihren Anliegen unterstützt. Nur so vermeiden wir die Spaltung unserer Gesellschaft und wahren wir die Generationengerechtigkeit.

Als Partei stellen wir uns dieser Debatte. Sie braucht jedoch mehr Platz um eine Positionierung hervorzubringen, hinter der die Partei selbstbewusst stehen kann. Darum beauftragt die Bundesdelegiertenkonferenz den Bundesvorstand, diese Debatte mit allen Positionen, die in der Partei zum Ausdruck gebracht werden zu diskutieren und in diesem Prozess zivilgesellschaftliche und sicherheitspolitische Akteur*innen und die Partei in ihrer Gänze, mit ihren BAGen, der Bundestagsfraktion und der GRÜNEN JUGEND zu beteiligen und zu inkludieren, mit dem Ziel zur nächsten BDK eine Beschlusslage zu diesem Thema herbeizuführen.

Die Debatte um eine mögliche Wehrpflicht wird von der aktuellen Bundesregierung in einer Form geführt, die gerade junge Menschen und ihre Eltern verunsichert. Wir verurteilen das scharf. Eine Debatte um die Wehrpflicht muss in ihrer ethischen und sicherheitspolitischen Komplexität geführt werden, und darf nicht zur Vermeldung und Rücknahme von koalitionsinternen Kompromissen verkommen.

Begründung

Die Debatte um eine Wehrpflicht ist eine Debatte, die sich nicht in Änderungsanträgen und einer Abstimmung über diese nach einer für und gegen Rede beschließen lässt. Diese hat tiefgreifende Auswirkungen, sowohl auf die Gesellschaft als auch auf die Partei. In diesem Antrag geht es nicht darum für oder gegen eine Wehrpflicht oder einen Pflichtdienst zu werben, sondern die Debatte anzuerkennen und einen Raum zu schaffen, der dieser gerecht wird.

weitere Antragsteller*innen

Jonas Prade (KV Berlin-Reinickendorf); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis); Till Köhler (KV Northeim/Einbeck); Daniel Burgstaller (KV Ludwigsburg); Peter Bering (KV Tübingen); Richard Langer (KV Tübingen); Niklas Geßner (KV Solingen); Julius Jakob Leon Schwab (KV Ludwigshafen-Stadt); Jakob Feldner (KV Tübingen); Linda Hanselmann (KV Tübingen); Marco Saleik (KV Solingen); Andreas Duck (KV Solingen); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Liliana Dornheckter (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Gregor Steiner (KV Tübingen); Manoah Kunze (KV Tübingen); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Moritz Wächter (KV Rhein-Sieg); sowie 48 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.